

“Hope is the biggest motor of progress” (Lyn Lusi, Kongo)



Wasserstelle im Flüchtlingslager Muganga III

## **Ruanda, Demokratische Republik Kongo, Mosambik – Reise mit Entwicklungsminister Dirk Niebel vom 7. - 12. Januar 2010**

Mit Neugier und Skepsis begleitete ich diese erste Reise von Entwicklungsminister Niebel in die drei Länder Ruanda, Kongo und Mosambik. Zusammen mit weiteren fünf Abgeordneten, elf JournalistInnen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Durchführungsorganisationen, Wissenschaft und Wirtschaft bestand unsere Gruppe aus über 40 Personen. Selbst wenn die Person des Ministers im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stand, so rückten mit dieser Reise auch drei Länder in den Vordergrund, die Beachtung verdient haben.

Die jeweiligen Unterschiede zwischen den Ländern empfand ich als krass. Ruanda, gerne auch als Preußen Afrikas bezeichnet, bestätigte die Einschätzung, dass Regierung und Parlament trotz oder wegen des autokratischen Führungsstils von Präsident Kagame, auf einem recht guten Weg sind, die Geschicke des Landes selbst zu bestimmen und mittelfristig unabhängig von Gebermitteln zu werden. Inwieweit die unter der Hand schwelenden Konflikte zwischen den beiden Volksgruppen, die durch den Genozid zu einer entsetzlichen Katastrophe führten, noch ihre Auswirkungen haben, ließ sich nur in Ansätzen erahnen.

Die Situation im Kongo wirkte auch deswegen so desolat, weil die entsetzlichen Ereignisse des Krieges in den Kivu-Provinzen noch nicht so lange vorbei sind, ihre traumatischen Spuren hinterlassen haben, die Wahlen eine unfähige politische Führung in die Ämter gebracht haben und zu sehen ist, wie unzureichend die Strukturen sind, damit die Region sich entwickeln kann. Doch es gibt eine quirlige Zivilgesellschaft und die Menschen gehen lebhaft auch in den bedrückenden Umständen ihren Geschäften nach.

Mosambik mit seiner Hauptstadt Maputo wirkte im Vergleich fast schon prächtig. Leider mehren sich die Zweifel über das weitere Fortkommen des Landes, u.a. weil die Bürokratie, aber auch die ausgeprägte Machtstellung der frisch wieder gewählten Regierungspartei FRELIMO nicht zur weiteren Entfaltung und Demokratisierung beitragen. Der bisher einmalige Vorgang, dass 19 Geberstaaten der Regierung eines Landes schreiben und um einen Aktionsplan zur Klärung von Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahlen bitten, zeigt allerdings, dass gemeinsames Handeln im Rahmen der Finanzierung (Budgethilfe) möglich ist und die Geber Einfluss ausüben können.

Entwicklungsminister Dirk Niebel hat sich auf Entdeckungsreise in sein Amt gemacht. Dies tat er auf dieser Reise zuhörend und mit Zurückhaltung. Vielleicht war er auch überrascht, feststellen zu müssen, dass seine Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit, Eigenverantwortung zu fördern, Korruption zu bekämpfen, Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt zu stellen und damit die EZ überflüssig zu machen, vor Ort schon längst als Arbeitsauftrag verstanden werden. Man merkte ihm seine Schwierigkeiten an, sich von der Welt des wortgewaltigen, kritisierenden Generalsekretärs zu verabschieden und sich in die Rolle eines Ministers zu begeben, der sich an die Seite der Schwachen und Entrechteten stellt und mit Unterstützung auf deren Nöte und Probleme reagiert. Ob dieser Häutungsprozess gelingt, ist offen. Entwicklungsminister Niebel ist dabei, die Direktiven der FDP mit der Brechstange auf die Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden. Sollte die Reise dazu beigetragen haben, dass diese Linien überdacht und vielleicht auch noch korrigiert werden, dann hätte sie sich wirklich gelohnt.

## **Ruanda**

### **Daten:**

Die Republik Ruanda ist ein kleines Binnenland (26 000 km<sup>2</sup> – vergleichbar der Größe von Baden-Württemberg), ca. 1 800 km vom Indischen Ozean (Mombasa) entfernt. Seit 1.7.1962 unabhängig. Muttersprache ist Kinyarwanda, weitere Amtssprachen Französisch und seit 1994 Englisch. Zweikammerparlament (Abgeordnetenhaus 80 Sitze, Senat 26 Sitze). Ca. 10 Mio. EinwohnerInnen (Stand Mitte 2009), 85 % Hutu, 15 % Tutsi, 1 % Twa. 56,5 % katholisch, 26 % protestantisch, 11,1 % adventistisch, 4,6 % Moslems. Lebenserwartung bei Geburt 50 Jahre. 60 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (2001). Wirtschaft: BIP 3,9 Mrd. USD; Einkommen ca. 360 USD pro Kopf.

### **Terminüberblick:**

Briefing durch Botschafter Timpe; Besuch Krankenhaus; Mittagessen mit Außenministerin Mushikiwabo, Finanzminister Rwangombwa und Justizminister Karagurama; zwei Stunden Gespräch mit Präsident Kagame; Besuch Gedenkstätte Genozid; Diskussion mit Parlament, insbesondere Abgeordneten der Ausschüsse Budget und Finanzen sowie Haushalt; Empfang; Fahrt zu und Besuch einer Wolframmine (Pilotvorhaben Zertifizierung); Mittagessen mit lokalen ProvinzvertreterInnen und Besuch einer Schule.

### **Ruanda gibt Anlass zu Optimismus**

Unter der Führung des nicht unumstrittenen Staatspräsidenten Dr. h.c. Paul Kagame ist Reformwille vorhanden. Mehr als 15 Jahre nach dem Genozid von 1994 befindet sich Ruanda in einer politischen Konsolidierungsphase. Die Regierung hat in ihre Entwicklungsstrategie die „Vision 2020“ aufgenommen, deren Kernziele Armutsbekämpfung, bessere Regierungsführung, Transformation und Kapitalisierung der Landwirtschaft, landesweite Entwicklung der Dienstleistungen und Industrie, Förderung des Privatsektors, Förderung menschlicher Ressourcen und Verstärkung der regionalen und internationalen Integration sind.

Der hohe Prozentsatz an Frauen im Parlament und in der Verwaltung ist eine herausragende Errungenschaft, so sind 44 der insgesamt 80 Abgeordneten im Parlament weiblich, während es im 26-köpfigen Senat 9 sind.

Mit vielfältigen, auch kontrovers diskutierten Programmen geht Ruanda gegen seine strukturellen Schwächen wie geringes Wirtschaftspotential, große Armut (85 % Subsistenzbauern) und hohes Bevölkerungswachstum vor. Dennoch bleibt, auch wegen der Auswirkungen des Genozids und aktuell wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 gefährdet.

Ruanda ist dicht besiedelt. Das Land wirkt sauber und ordentlich, wozu sicherlich auch das Verbot von Plastiktüten beigetragen hat. Dies ist nicht nur in der Hauptstadt so, sondern auch in den ländlichen Regionen sieht man das Bemühen um Ordnung und Pflege.

Das 2001 eingeführte Gacaca-Gerichtsverfahren mit insgesamt über 700 000 Fällen zur Aufarbeitung des Genozids hat offiziell Ende 2009 seinen Abschluss gefunden, es werden jedoch noch einige weitere Fälle aufgearbeitet. Wegen der Genozidverbrechen befinden sich immer noch ca. 38 000 Menschen in Haft, wobei sich die entsetzlichen Bedingungen in den Gefängnissen verbessert haben, wenn auch noch längst nicht ausreichend. Eine ethnische Quotierung, ja allein schon die Frage, ob jemand zur Volksgruppe Hutu oder Tutsi gehört, ist durch die Verfassung verboten. Doch diese Regelung besagt keineswegs, dass die Gräben zwischen den beiden Gruppen überwunden sind. Es gibt Hinweise, dass in diesem Land, wo jeder – ob als Opfer, Täter oder Angehöriger – betroffen vom Genozid war, unter der autoritären Decke weitere Konflikte schwelen, die längst nicht aufgearbeitet sind.

### **Budgethilfe für Ruanda ist richtig und wichtig**

Das kleine Land ist reformbereit und deshalb unterstützt Deutschland die allgemeine Budgethilfe seit 2005. Letzte Zusagen für die Jahre 2009/10 beliefen sich auf 15 Mio. Euro. Es hat sich herausgestellt, dass Budgethilfe zum einen die Möglichkeit erhöht, dass Ruanda eigenverantwortlich die Umsetzung der Armutsstrategie realisieren kann und zum anderen die sieben Geber in einem offen-kritischen Dialog die Entwicklung begleiten. Die Rückmeldungen zur Budgethilfe waren jedenfalls positiv, da auch bei der Frage der Dezentralisierung die Budgethilfe dazu beiträgt, dass bürgernahe Entscheidungen getroffen werden. Die Rolle des Parlamentes konnte wegen der transparenten Offenlegung über den Verbleib der Mittel gestärkt werden. Wie wir Abgeordnete im direkten Gespräch mit ruandischen ParlamentarierInnen feststellen konnten, wird diese Aufgabe selbstbewusst und mit wachsender Kompetenz durchgeführt. Die Ziele Demokratie und Menschenrechte müssen nicht von außen an das Parlament herangetragen werden; bei einer zweifelnden Rückfrage diesbezüglich kam sogar Empörung der Abgeordneten auf, als ob diese Werte in einem Land, das gegen die Folgen eines Genozids kämpft, nicht von innen heraus getragen werden könnten.

Ruanda ist dabei nicht immer ein bequemer Partner in der Entwicklungspolitik, auch weil das Land mit Blick auf den Accra-Prozess (Harmonisierung der Geberhilfe) darauf drängt, dass sich die Geberseite ebenfalls reformiert und ihre Zusagen einhält.

Minister Niebel bekannte sich in den Gesprächen dazu, ein Skeptiker der Budgethilfe zu sein, war aber aufgeschlossen genug, höflich festzustellen, dass man diese Form der Hilfe in Bezug auf Ruanda differenziert betrachten muss.

### **Krankenhaus Kigali**

In Ruanda, so wurde uns durch Gesundheitsminister Dr. Sezibera erklärt, betreuen 45 000 Gemeinde-Gesundheitsarbeiter 15 000 Dörfer. Ein großer Erfolg ist, dass es durch Maßnahmen wie die Verteilung von Moskitonetzen und Besprühen gelungen ist, Malaria im Jahr 2008 als Todesursache Nummer eins bei Kindern unter 5 Jahren auf den dritten Platz zu verdrängen. Angeführt wird die Liste der Erkrankungen in diesem Krankenhaus durch Atemwegserkrankungen, Durchfall, Malaria und dann HIV/Aids (die Quote liegt in Ruanda bei vergleichsweise niedrigen 3 %). Deutschland leistet im Gesundheitssektor mit seiner sektoralen Budgethilfe über die deutschen Durchführungsorganisationen gute Arbeit.

Die Vorstellung der Arbeit von TRAC Plus (Center for Treatment and Research on AIDS, Malaria, Tuberculosis and Other Epidemics) konnte dadurch überzeugen, dass in diesem Zentrum Prävention, Kontrolle und Forschung für Ruanda und die Region vorangetrieben wird. So ist es z.B. gelungen, dass von knapp 700 000 auf HIV/Aids Getesteten 98,4 % ihren Status kennen.

### **Gespräch mit Staatspräsident Paul Kagame**

In dem zweistündigen Gespräch bedankte sich der Präsident, dass Minister Niebel seine erste Reise nach Ruanda unternimmt. Kagame lobte die sehr guten Beziehungen zwischen Deutschland und Ruanda. Seinerseits eröffnete Minister Niebel die Aussprache mit Fragen zur Korruption und Budgethilfe. Kagame griff das gerne auf und unterstrich seine Auffassung, wie wichtig der Kampf

gegen Korruption ist und erläuterte die Maßnahmen, ohne die Probleme zu verschweigen. Zur Budgethilfe legte er dar, dass er Budgethilfe begrüße, weil sie vorhersehbar sei und dazu beitrage, dass Regierung Verantwortung vor dem Volk ablegen muss. Budgethilfe unterstütze die Menschen, stärke die Eigenverantwortung (empowering) und schaffe eine Regierung, die wisse, was das Volk braucht.

Zum Klimawandel unterstrich Kagame, dass dies eine Sache sei, die jeden angehe. In Ruanda brauche man keine Erlaubnis dafür, Wälder zu rekultivieren und Erosion zu bekämpfen. Mit Bezug auf Kongo und den Besuch im Ostkongo sprach er davon, dass viele dazu neigen, die Probleme Ostkongos isoliert zu betrachten, dabei seien die Probleme des Ostens die des ganzen Landes.

Bemerkenswert fand ich seine kurze Replik zum Verhältnis zwischen China und Afrika: „Not China is making problems, it's Africa which creates the problem“ - Nicht China ist das Problem, sondern Afrika schafft Probleme..., denn China könne nicht ohne die Zustimmung der Afrikaner agieren.

### **Wolframit-Mine und die Zertifizierung von Rohstoffen**

Am Samstag, den 9. Januar, fuhr die Delegation in den Norden zu einer Wolframit-Mine in den Bergen, betrieben von der österreichischen Firma „Wolfram Mining and Processing“. Hier wird im Tagebau das graue Gestein gebrochen, zermalmt und vorsortiert. Die Hoffnung des Bergbauministers Bazimavo, dass es gelingen könnte, in Ruanda aus dem Gestein selbst das eigentliche Metall Wolfram herzustellen, wurde jedoch von den Experten als nicht durchführbar angesehen. Da Wolfram in der Natur nicht in reiner Form vorkommt, muss es in komplizierten Verfahren (3 400 Grad Celsius) mit speziellen Elektroöfen erschmolzen werden. Der extreme Wasser- und Stromverbrauch wäre für Ruanda nicht zu verkraften. Der hiesige Abbau findet in Form des sogenannten „Armerzbergbaus“ statt, bei dem kein hoher technischer Standard benötigt wird. 2008 wurden etwa 600 Tonnen Gestein abgebaut. Schätzungsweise erhält man für das hier gewonnene Kilogramm Erz Wo3 ca. 14 Dollar. Für die Bevölkerung ist dies eine wichtige Chance, Geld zu verdienen.

Das BMZ beteiligt sich an der Bekämpfung der illegalen Ressourcenausbeutung in der Region der Großen Seen. Dies geschieht im Rahmen der Vereinbarungen auf internationaler Ebene. Dazu gehört auch die Zertifizierung von Handelsketten mineralischer Rohstoffe in Ruanda durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Denn Ruanda ist in den vergangenen Jahren immer wieder beschuldigt worden, maßgeblich an der Ausbeutung von und dem Handel mit Rohstoffen aus dem Osten der DR Kongo beteiligt gewesen zu sein. Dazu gehören die Erze von Zinn, Wolfram und Tantal (Coltan). Da Ruanda aber auch eigene Erz-Vorkommen hat, ist man jetzt dabei, über ein Pilotprojekt „Zertifizierte Handelsketten“ die Herkunft der Rohstoffe nachzuweisen. Die „Wolfram Mining and Processing“ hat die Aufnahme in das Zertifizierungsverfahren beantragt. Mit weiteren drei Unternehmen (Natural Resources Rwanda, Eurotrade Ltd., Gatumba Mining) wird damit die Zertifizierung einen Großteil der ruandischen Produktion von Zinn-, Tantal- und Wolframerzen abdecken. Dies alles ist ein Beitrag zur Befriedung der Region und dient dazu, die Einkünfte transparent zu machen und illegalen Handel/Ausbeutung einzudämmen.

## **Demokratische Republik Kongo: Nord Kivu**

### **Daten:**

Die „Demokratische Republik Kongo“ ist ein riesiger Flächenstaat von über 2,3 Mio. km<sup>2</sup>, in dem der Westen Europas Platz hätte. Über 64 Mio. Menschen leben im Kongo, über 250 Volksgruppen (Luba 18 %, Mongo 17 %, Kongo 15 %, Asande 10 %), die Bevölkerungsdichte ist mit 27 Personen pro km<sup>2</sup> gering. Die Hauptstadt Kinshasa liegt ganz im Westen des Landes. Offizielle Amtssprachen sind Französisch, Lingala, Shwahili, Kikongo, Chiluba. Staatspräsident Joseph Kabila (PPRD). Zweikammerparlament: Abgeordnetenhaus mit 500 Sitzen, Senat mit 108 Senatoren. Das BIP liegt bei 11,5 Mrd. USD; ca. 178 USD pro Kopf (Marktpreise 2008).

**Terminüberblick:**

Grenzübertritt; Ankunft in Goma; Antrittsbesuch bei Gouverneur Paluku; MONUC-Briefing zur politischen und militärischen Lage; Einführung zur politischen Lage und zum EZ-Portfolio, Briefing über humanitäre Lage durch GTZ; Besuch des Flüchtlingslagers Muganga III; Fahrt und Besuch des Virunga-Nationalparks; Gespräch mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Empfang; Vorstellung der Aktivitäten von Heal Africa; Briefing zum GTZ-Sondervorhaben Gesundheit und sexuelle Gewalt, Rundgang durch Krankenhaus; Besuch Schule (Friedensfonds); Besichtigung der von Lava verschütteten Flughafenpiste und der Aufräumarbeiten.

**Hoffnung?**

Was im Kongo passiert, interessiert in Deutschland die wenigsten. Das Ausmaß der dort geführten Kriege Anfang der 90er Jahre, die mit voller Berechtigung auch als „Afrikanischer Weltkrieg“ titulierte werden, bleibt weitgehend unbekannt. Das Friedensabkommen 2003 führte zur Wiederaufnahme von entwicklungspolitischen Bemühungen. Ein großer Kraftakt für die internationale Gemeinschaft war die Durchführung der Wahlen, die seit Februar 2008 eine demokratisch legitimierte Regierung unter Joseph Kabila ins Amt brachte. Im Dezember 2008 fanden dann die ersten entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Kongo mit den Schwerpunkten Wasserver- und -entsorgung, Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Mikrofinanzen statt. Die bilateralen Zusagen belaufen sich auf insgesamt 67 Mio. Euro (50 Mio. FZ, 17 Mio. TZ).

Die demokratische Situation verschlechtert sich. Im gleichen Maße, in dem Kabila seine Macht ausweitet, werden Parlament und Regierung geschwächt. Die ökonomische Lage ist miserabel, auch in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Doch es gibt ein nicht ausgeschöpftes Potential im Rohstoff- und Energiesektor. Gleichzeitig ist die soziale und menschenrechtliche Lage unbefriedigend. Willkür und Korruption sowie brutale Gewalt gegen Frauen bestimmen das Bild. Dringende Reformen wie z.B. die Stärkung der Provinzen und ihrer Rechte (Dezentralisierung / Finanzausgleich) werden nicht angepackt. Außerdem erhalten die Provinzen die zugesagten Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben nicht. Die Menschen sind vom Ausgang der Wahlen enttäuscht, weil die gewählten VertreterInnen sich nicht für die Interessen des Volkes einsetzen. Die geplanten Regionalwahlen sind bislang von der Regierung nicht vorbereitet worden und dabei wäre allein schon die Logistik ein „Alptraum“.

Die überraschende Annäherung der Nachbarländer Ruanda und DR Kongo hat den Ostkongo zwar nicht befriedet, aber eine Voraussetzung für Stabilität und Frieden geschaffen. Kernpunkt war, dass es Ruanda gestattet wurde, gemeinsam mit Kongo gegen die FDLR (Sammelbecken des harten Kerns der Urheber des Völkermords in Ruanda) vorzugehen, während Laurent Nkunda, der Chef der kongolesischen Tutsi-Rebellarmee, in Ruanda inhaftiert wurde. Damit hat sich das politische Verhältnis zwischen den beiden Staaten deutlich verbessert. Allerdings, und hierauf hat Human Rights Watch Ende 2009 (taz vom 15.12.2009) hingewiesen, haben die beiden Offensiven gegen die FDLR im Kongo auch bittere Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Für jeden der 1087 demobilisierten Kämpfer seien „mindestens ein Zivilist ermordet, sieben Frauen und Mädchen vergewaltigt, acht Häuser zerstört und über 900 Menschen zur Flucht gezwungen worden“.

**Kontrolle der Rohstoffe**

Provinzgouverneur Paluku berichtete, dass inzwischen die von den Rebellengruppen gehaltenen Minen durch die Militärs „befreit“ wurden. Diese werden jetzt von der Minenpolizei „kontrolliert“, das heißt im Klartext, dass jetzt die Polizei die Hand aufhält. Auch würde die Zertifizierung laufen. Er verwies darauf, dass 20 % des Haushalts durch Einnahmen aus dem Abbau der Rohstoffe bestritten würden. Falls dies nun für „illegal“ erklärt würde, fielen diese Einnahmen weg.

Wir wurden durch Christian Manahl (Ostkoordinator MONUC) darauf hingewiesen, dass es bei den Rohstoffen sehr schwer sein, zwischen illegal und legal zu unterscheiden. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat hier jeder das Recht, zu schürfen. Die Bodenschätze gehören nicht dem Staat, aber man muss Steuern zahlen. Trotz der Korruption von Seiten der offiziellen Kontrolleure

gehen schätzungsweise ungefähr 80 % der Rohstoffe unbesteuert außer Land. Man überlege jetzt, wie man den Rohstoffhandel besser in den Griff bekommen könne. Vielleicht sei es möglich, durch eine Vorverlegung der Handelshäuser an den Ort des Abbaus die Zwischenstationen auszuschalten, so dass die Leute vor Ort ein Zertifikat über die Rechtmäßigkeit des Verkaufs bekämen, ohne dass Zwischenhändler davon profitieren. Dieser Plan wird jedoch von ExpertInnen sehr skeptisch gesehen.

### **Humanitäre Hilfe: Das UNHCR/BMZ-Partnerschaftsprogramm**

Die humanitäre Lage in der DR Kongo ist eine der kritischsten weltweit: Rund 2,1 Mio. Menschen gelten als binnervertrieben, davon 1,7 Mio. in den Kivu-Provinzen. Der Grund dafür sind die fortdauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften, unterschiedlichen Milizen sowie punktuell Streitkräften aus Nachbarstaaten. Die Bevölkerung, aber insbesondere Frauen sind regelmäßig Opfer von Plünderungen, Gewalt und von brutalen Vergewaltigungen mit traumatischen Folgen. Mit aktuell über 17 Einzelvorhaben und einem Volumen von 6,92 Mio. Euro ist die DR Kongo ein Schwerpunkt deutscher humanitärer Hilfe.

Die durch Hessamedin Tabatabai (GTZ) vorgestellte Partnerschaftsinitiative ist mit der komplizierten Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen sowie der Unterstützung der aufnehmenden Gemeinden befasst. Dabei geht es um Logistik, sozio-ökonomische Basisinfrastruktur, Unterkünfte, Straßenbau, Landwirtschaft, Berufsausbildungen und Umweltmaßnahmen. Dies geschieht auf der Grundlage einer Absichtserklärung zwischen dem BMZ und dem UNHCR, aufgrund derer 75 % der Mittel durch den UNHCR und 25 % aus BMZ-Mitteln finanziert werden (Gesamtvolumen etwa 28 Mio. Euro pro Jahr). Zu beachten ist, dass dieses Programm unter sehr schwierigen Bedingungen stattfindet und man sehr flexibel auf die immer wieder aufflammenden Gewaltkonflikte, die neue Flüchtlingsströme auslösen, reagieren muss. Karl Steinacker, der für den UNHCR in Goma arbeitet, lobte in seinen persönlichen Bemerkungen das ausgezeichnete Programm, das eine wichtige Lücke füllt und warb sogar schriftlich dafür, diesen Bereich GTZ-PP nicht länger als ein „Stiefkind“ anzusehen, sondern die Chancen für eine Professionalisierung zu nutzen. Klar, dass er sich hier in die Bresche warf, um die bitter notwendige und offenbar bestens funktionierende Arbeit weiter zu befördern.

### **Flüchtlingslager Muganga III**

Laut UNHCR gibt es schätzungsweise über 2 Mio. Binnenvertriebene, von denen knapp über 100 000 vom UNHCR registriert worden sind, wenn sie in den Lagern leben. Die Kapazität des Lagers Muganga III liegt bei 60 000 Personen. Inzwischen bewohnen es aber nur noch etwa 1 500 Menschen. Daher wird das Lager auch nicht mehr versorgt, sondern die Menschen müssen sich jetzt alleine über Wasser halten, nur für die Bedürftigsten gibt es noch eine gewisse Unterstützung. Es gibt noch eine medizinische Versorgung und auch die Möglichkeit, über die Herstellung von Brennriketts oder das Flechten von Matten und Körben einen Zuverdienst zu erwirtschaften. Nicht überraschend waren es auch hier die Frauen, die diese Arbeit umsetzten. Die Flüchtlinge sind in den letzten Monaten mehr oder weniger freiwillig in ihre Heimat zurückkehrt. Die von uns im Lager besuchten Pygmäen, die sich in dieses Lager geflüchtet haben, können allerdings nicht an ihren Heimatort zurückkehren. Bei einem Gespräch mit den Frauen wurde mir berichtet, dass sie sehr wohl Ängste haben, in größerer Entfernung vom Lager Holz zu sammeln, weil es immer wieder Vergewaltigungen gäbe.

### **Virunga-Nationalpark**

Auf der zweistündigen Fahrt in den Nationalpark wurden wir im Bus von Umweltminister José Endundo begleitet. Als erstes gab es bei der Ankunft eine militärische Begrüßung, eine Gesangsdarbietung der Frauen und anschließend eine Erläuterung durch Parkdirektor Emmanuel Demerode. Die Attraktion des Parks ist die Aufzucht von zwei weiblichen Gorillajungtieren, deren gesamte Sippe getötet wurde und die dementsprechend hilflos sind. Die Parkwächter kümmern sich unter Lebensgefahr um den Schutz des Nationalparks und seiner Tiere. Die Verteidigung des Waldes braucht aber noch andere Wege. Dies soll auch mit Hilfe der Brikettherstellung und der Verteilung

besserer Öfen gelingen. Die Brikettherstellung im großen Stil soll bis 2013 insgesamt 30 000 Arbeitsplätze schaffen. Das verhindert, dass die Menschen weiterhin Bäume aus dem Nationalpark fällen und diese zu Holzkohle verarbeiten. Monatlich werden schätzungsweise 120 000 Säcke Holzkohle aus dem Nationalpark gebracht, was vielleicht durch die Brikettherstellung verhindert werden kann.

### **Gespräch mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft**

**TeilnehmerInnen:** Frau Mathilde Muhindo Mwamini, Center Olam in Bukavu, Preisträgerin von Human Rights Watch. Herr Aloys Tegera, Pole Institut, ein Think Tank, der die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründe von Konflikten erforscht. Herr Cyprian Birhingingwa, National Support Center für die Entwicklung und Beteiligung des Volkes, ehemaliger Lehrer, der inzwischen beim Radio Antenne CENADEP arbeitet. Herr Denis Masumbuko Ngwasi, CPAP/UNDP, engagiert in den Bereichen Konfliktanalyse und Förderung demokratischer Werte. Schwester Deodata Bunzigiye, Ordensfrau der Ursulinen und tätig bei der Plattform „Collective Alpha Ujuvi“, die sich für Bildung und Erziehung von Kindern einsetzt. Herr Abbé Justin Nkunzi Baciyunjuze, Direktor der Kommission „Justitia et Pax“. Frau Edos Nziavake, Ehrenpräsidentin des Kollektivs „Frauen in der Entwicklungsarbeit“ (CAFED), setzt sich für die Einhaltung des Friedensabkommens vom März 2009 ein. Frau Maria Masson, Krankenschwester, Leiterin des BDOM in Bukavu, das medizinische und gesundheitspolitische Maßnahmen für schätzungsweise 1 Mio. EinwohnerInnen organisiert.

Leider dauerte unsere Rückreise aus dem Nationalpark viel länger als gedacht, so dass das Gespräch mit den Gästen sehr abgekürzt wurde. Das habe ich sehr bedauert, auch weil es beim anschließenden Empfang nicht möglich war, den Austausch in konzentrierter Form fortzusetzen.

Wir wurden darüber informiert, dass sich selbst während der Kriege zahlreiche Gruppen bildeten. Viele sind seit 1993 aktiv. Die Gruppen sind sehr enttäuscht über die politischen Institutionen, die die Hoffnung nicht erfüllt haben, die man in sie setzte, denn diese berücksichtigen nicht die Probleme der Menschen. VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft hätten es bei den Wahlen nicht geschafft, genügend Stimmen zu erhalten. Es seien die alten Kader wiedergewählt worden. Die Stadt Goma ist durch die Flüchtlinge enorm gewachsen, keines der Projekte hat mitwachsen können, nur die Korruption hat Schritt gehalten. Es sind zu wenige, die sich engagieren. Ein weiteres Problem sei die Verfasstheit der Zivilgesellschaft, wenn die Anerkennung durch den Staat nicht gelinge. Auch habe der Krieg zu lange gedauert, die Menschen wüssten nicht, ob sie noch im Krieg oder schon im Frieden leben würden. Ein richtiger Frieden sei noch nicht eingetreten.

Der Staat verspricht viel, aber die Menschen sehen nichts davon. Uns wird deutlich zu verstehen gegeben, wie dringend eine gute Regierungsführung fehlt.

### **Heal Africa, Besuch des Krankenhauses**

Wir wurden durch Lyn Lusi, Leiterin der Nichtregierungsorganisation „Docs heal Africa“ und eine sehr eindruckende Persönlichkeit, begrüßt. Sie und ihr Mann Dr. Kasereka Lusi, der das Krankenhaus mit großer Autorität führt, haben mit diesem Krankenhaus ein gut funktionierendes und wachsendes Zentrum für Gesundheitsversorgung geschaffen. Das Ziel ist es, professionelles Gesundheitspersonal auszubilden, soziale AktivistInnen zu stärken und physische, spirituelle und soziale Heilung zu ermöglichen. Das Krankenhaus wurde nach dem jüngsten Lavaausbruch mit 160 Betten wieder aufgebaut, u.a. mit dem Ziel, besonders an Frauen heranzutreten, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. 12 000 Frauen wurden in den letzten Jahren aufgenommen und beraten. Um ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, werden inzwischen DNA-Analysen vorgenommen, die auch noch Jahren nach der Vergewaltigung dazu verwendet werden können, die Täter zu identifizieren.

Frau Lusi beschrieb die schwierige Situation, in der sich die Frauen befinden. Das Alter spiele keine Rolle, von Kindern bis hochgetragten Frauen könne jede Opfer werden. Das größte Problem sei die Zerstörung der Persönlichkeit. Was das Krankenhaus anbieten kann, ist Beratung, die letztlich dazu dient, der mit Gewalt konfrontierten Frau zu helfen, eine neue Rolle einzunehmen. Und das kann gelingen.

„Hope ist the biggest motor of progress“, stellte sie als Leitlinie vor. Dabei werde die Regierung der DR Kongo nie fähig sein, das Gesundheitssystem kostenlos anzubieten. Seit die Belgier das Land verlassen hätten, hätten keine Investitionen in der Provinz Maniema mehr stattgefunden.

In den ergänzenden Informationen wies Dr. Anselm Schneider (GTZ) darauf hin, dass die Müttersterblichkeit hoch sei und hier jeder zehnte Säugling sterbe. Inzwischen sei bekannt geworden, dass China den Bau von 140 Distrikt-Krankenhäusern im Kongo plane. Das Problem sei, dass damit die Probleme der Versorgung nicht gelöst seien. Weder die Standortfrage sei geklärt, noch woher das Personal kommen soll, wie der Betrieb finanziert wird und welcher Gesetzesrahmen gültig sein soll – all diese Fragen seien offen und daher sei zu vermuten, dass diese Krankenhäuser zwar eingeweiht würden, aber der langfristige Betrieb sehr fraglich sei. Im Kongo müssten 52 verschiedene Gesundheitsprogramme von einer Krankenstation umgesetzt werden, was zu einer programmierten Ineffizienz führe. Die GTZ sähe daher ihre Aufgabe darin, die Effizienz zu erhöhen und die Kapazitäten zu schaffen, damit Finanzströme sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Dr. Schneider berichtete von zunehmenden Berichten, wonach die systematische Vergewaltigung von Frauen nicht mehr nur auf die Bürgerkriegsgebiete im Kivu beschränkt sei, sondern auch in anderen Provinzen des Kongo Frauen bei Zwistigkeiten zwischen Gruppen oder Familien vergewaltigt würden.

Anschließend konnten wir uns beim Rundgang durch das Krankenhaus unter der Führung von Dr. Lusi über die Fortschritte und Programme informieren.

#### **Friedensfonds – Besuch der Grundschule Bwakya**

Die Schülerinnen und Schüler empfingen den Minister mit Gesang und Tanz und drückten so ihre Dankbarkeit aus. Wir erfuhren, dass die Schule im Jahr 2002 durch den Vulkanausbruch des Nyiragongo vollkommen niederbrannte und mit Hilfe von Spenden, des Evangelischen Entwicklungsdienstes und Mitteln des BMZ wieder aufgebaut wurde. Hier werden inzwischen wieder 704 SchülerInnen in 7 Klassenräumen unterrichtet, die in zwei Schichten die Schule besuchen. Die weiteren Pläne sehen vor, dass noch 7 Räume gebaut werden, weil der Nachmittagsunterricht wegen des Regens häufig ausfallen muss.

#### **Flughafen – Räumung der Lava**

Die Landebahn des Flughafens Goma wurde durch einen Lavastrom teilweise zerstört. Die Räumung geschieht im Rahmen eines Projektes der Welthungerhilfe. Mit großem Gerät und schweren Maschinen müssen hier Massen von Gestein bewegt werden, damit der Flughafen wieder voll funktionsfähig wird.

## **Mosambik**

#### **Daten:**

Die Republik Mosambik ist eine zentralistisch strukturierte Präsidentschaftsrepublik. Amtsinhaber Staatspräsident Armando Guebuza und die regierende FRELIMO haben 2009 einen überragenden Sieg (75 %) errungen. Zum Zeitpunkt des Besuchs fanden die Vorbereitungen zur Amtseinführung des Präsidenten statt. Das Land umfasst ca. 800 000 km<sup>2</sup>, davon 4 % Ackerland, mit etwa 21,7 Mio. EinwohnerInnen. Die Hauptstadt Maputo liegt direkt am Indischen Ozean. Die offizielle Amtssprache ist Portugiesisch, weitere Sprachen sind Emakhuwa, Xichangana, Elomwe und Cisene. Die Lebenserwartung liegt bei 42 Jahren, die Analphabetenquote bei 44 % und die HIV/Aids-Rate bei ca. 13 %. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 330 USD (2007), das BIP bei 7,1 Mrd. USD (2007).

#### **Terminüberblick:**

Aufgrund meines vorgezogenen Abflugs nahm ich nur für einen Tag am Programm teil, das offiziell bis zum 13.1. ging. Ankunft in Mosambik am Montagabend, 11.1. Selbst organisierter Termin mit NRO SISI e.V., danach Empfang beim Botschafter Ulrich Klöckner. Dienstag, 12.1.: Briefing der Delegation, Gespräch mit Außen- und Kooperationsminister Oledmiro Baloi, Pressekonferenz;

Mittagessen; Besuch der NRO Sant´Egidio und des HIV/Aids-Zentrums für Kinder und Schwangere. Gespräch mit designierter Parlamentspräsidentin Veronica Macamo. Anschließend Abflug.

### **Kampf gegen die Armut**

Mosambik ist noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Die Gründe sind vielschichtig und letztlich leidet das Land immer noch unter den Folgen des 16jährigen Bürgerkriegs zwischen der Regierung FRELIMO und der Rebellenbewegung RENAMO, der 1992 beendet wurde. Seitdem ist das Land dauerhaft befriedet und man ist zusammen mit zahlreichen Gebern darum bemüht, die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Allerdings befindet sich das Land gerade in einer Phase, in der mit Sorge keine Fortschritte, sondern sogar Rückschritte verzeichnet werden. Einer der Gründe dürfte auch in der Erderwärmung liegen, die schon jetzt in Mosambik Wirkung zeigt. Es fällt immer weniger Regen, wodurch weite Teile im Landesinnern zu Dürregebieten verkommen sind (FAZ vom 14.12.2009: Wenigstens gewarnt. Die Erderwärmung trifft Mosambique besonders hart).

Der Umfang der ODA-Mittel aller Geber (Netto) lag 2007 bei knapp 1,3 Mrd. Euro. Die letzten Regierungsverhandlungen mit Deutschland im Mai 2009 führten erstmals zu einer bilateralen Drei-Jahreszusage in Höhe von insgesamt 113,5 Mio. Euro. Für die allgemeine Budgethilfe sagte Deutschland einmalig und für ein Jahr eine Summe von 23 Mio. Euro zu. Die drei Schwerpunkte für die EZ sind Bildung (einschließlich beruflicher Bildung), Dezentralisierung für ländliche Entwicklung sowie nachhaltige Wirtschaftsförderung geblieben. Die Erreichung der MDGs hat weiterhin eine hohe Priorität für die Regierung und wird im Rahmen eines laufenden 5-Jahres-Plans und des Armutsbekämpfungsprogrammes PARPA II (2006-2010) kontinuierlich verfolgt. Leider ist abzusehen, dass trotz vielfacher Anstrengungen die MDGs nicht erreicht werden. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass die Armut in den ländlichen Regionen sogar noch zugenommen haben soll. Rund die Hälfte der 60 % MosambikanerInnen, die in extremer Armut leben können ihre Kinder nicht richtig ernähren. Gleichzeitig wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer.

Der Staatshaushalt wird zu ca. 52 % von Gebern finanziert, 20-25 % des Staatshaushaltes werden von 19 Gebern über die allgemeine Budgethilfe zur Verfügung gestellt. Unser Besuch stand unter dem Vorzeichen, dass die 19 Geber wegen der Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahlen, bzw. wegen widersprüchlicher Wahlgesetze und nicht immer nachvollziehbaren Entscheidungen der Wahlkommission bezüglich der Zulassung von Parteien im Dezember 2009 einen gemeinsamen Brief an den Staatspräsidenten geschrieben hatten. Darin wurde um einen vertieften Dialog zur guten Regierungsführung zu den Punkten Wahlrechtsreform, Transparenz in der ökonomischen Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung gebeten. Der Besuch von Minister Niebel war also der erste eines der führenden Geberländer, bei dem diese Fragen erörtert werden konnten.

### **SISI: Klein, aber oho!**

Mein Termin außerhalb des offiziellen Delegationsprogrammes bestand im Kennenlernen der kleinen Organisation SISI e.V., die vertreten wurden von Nelly Guambe und Henrik Maihack. Der Verein wurde von mosambikanischen und deutschen Studierenden gegründet. SISI will es jungen und engagierten Mädchen in Mosambik ermöglichen, eine Sekundarschulbildung zu erhalten. Dazu sollen Stipendien an ausgewählte Schülerinnen in der ländlichen Provinz Inhambane ab der 7. Klasse vergeben werden, mit denen Schulgebühren, Unterbringung und andere Ausgaben finanziert werden.

### **Gespräch mit Außenminister Oldemiro Baloi**

Das Gespräch fand vor dem Hintergrund statt, dass er zwar noch im Amt war, aber über die Neustrukturierung des Kabinettes erst in den Tagen nach der Amtseinführung des Präsidenten entschieden würde. Hintergrundinformationen liefen jedenfalls darauf hinaus, dass er wieder in ein Amt berufen werden würde. Seine einführenden Worten verwiesen darauf: „Minister kommen und gehen – aber die Völker bleiben bestehen“. Er dankte Deutschland für die Beteiligung an der EU-Wahlbeobachtung. Allerdings hätte es da im Vorfeld Probleme gegeben und er sähe es auch so, dass

die Wahlgesetze problematisch seien. Er verwies darauf, dass die Auseinandersetzungen mit den Gebern im Gespräch weitergeführt würden.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei auf einem guten Weg. Er bat die Geber, in ihrem Engagement weiter fortzufahren, denn der Kampf gegen die absolute Armut sei nicht gewonnen. Er verwies dabei auf den African Peer Review, dem sich Mosambik für mehr Demokratie und gute Regierungsführung unterworfen hätte und darauf, dass Mosambik diese Anstrengungen freiwillig unternehme. Minister Niebel zeigte sich darüber zufrieden und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Fortschritte im Rahmen von EITI (Extractive Industry Transparency Initiative).

### **DREAM: HIV/Aids-Zentrum von Sant'Egidio**

Nachdem sich der zeitliche Ablauf des Programms verzögert hatte, konnte nur ich aus der offiziellen Delegation neben Presse und NGO-VertreterInnen diesen Termin wahrnehmen und das Zentrum für Kinder und Schwangere besuchen. Dort wurde uns ein fröhlicher Empfang bereitet, obwohl erst kürzlich ein Überfall auf das Zentrum stattgefunden hatte. Mein Eindruck war ausgesprochen positiv, denn hier wird mit Kompetenz und Erfahrung den Frauen, Schwangeren und ihren Kindern effektiv geholfen und auf eine sorgfältige Verabreichung der Medikamente geachtet.

Seit 2001 setzt sich die italienische, christlich orientierte NRO Sant'Egidio für die Bekämpfung von HIV/Aids in Sub-Sahara-Afrika ein und ist seit 2002 auch in Maputo aktiv. Das Programm DREAM steht für die Verbesserung der Medikamentenversorgung bei Aids und Unterernährung. Regelmäßig kommen in diesem Zentrum 1 000 Menschen vorbei und erhalten eine Beratung und Behandlung. Insgesamt wurden in den 10 Dream-Therapiezentren in Mosambik knapp 3 700 Kinder unter Verhinderung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV zur Welt gebracht.

Der Hinweis ist angebracht, dass die 1968 gegründete Gemeinschaft von Sant'Egido 1992 beim Friedensschluss von Mosambik die zentrale vermittelnde Rolle gespielt hat.



DREAM